

31. XII. 1918

91

Präsident Seiz und Staatskanzler Dr. Renner über Deutschösterreich.

London, 29. Dezember.

Das Reutersche Bureau veröffentlicht Unterredungen seines Wiener Korrespondenten mit dem Präsidenten der deutschösterreichischen Nationalversammlung Seiz sowie mit dem Staatskanzler Dr. Renner.

Präsident Seiz erinnerte zunächst an die Vorgeschichte des Weltkrieges und führte aus: Das Schicksal der Deutschen Österreichs ist geradezu tragisch. Sie werden mit Unrecht beschuldigt, den Krieg entfacht zu haben. Es läßt sich untrüglich aus der Geschichte beweisen, daß die Deutschen Österreichs keinerlei Expansionsgelüste nach dem slawischen Süden hatten. Als im Jahre 1878 Österreich auf dem Berliner Kongreß den Auftrag erhielt, Bosnien und die Herzegowina zu okkupieren, erhoben die deutschen Mitglieder des damaligen österreichischen Abgeordnetenhauses den größten Widerstand dagegen. Die Deutschen, die bis dahin die herrschende Partei in Österreich waren, wurden von den Regierenden in die Opposition gedrängt, in der sie bis zum Jahre 1895 blieben. Die Okkupation Bosniens entsprach dem Wunsche der habsburgischen Hausmacht, als Ersatz für die Verluste des Krieges von 1866 den slawischen Süden zu erwerben. Franz Josef wollte als „Mehrer des Reiches“ erscheinen. Diese Okkupation war also ausschließlich im habsburgischen Interesse gelegen und wurde von den Slawen Österreichs, den Tschechen, den Polen und den Südslawen ermöglicht und gebilligt. Sie allein haben im Parlament die dazu notwendigen Kredite bewilligt. Als dann im Jahre 1908 die österreichischen Diplomaten beschlossen hatten, diese beiden Länder zu annektieren, waren es die Deutschen Österreichs, und namentlich die sozialdemokratischen Abgeordneten, die Vertreter der breitesten Schichten der Bevölkerung, welche den energischen Widerstand dagegen leisteten. Wie erfolgreich ihr Kampf war, geht daraus hervor, daß die Annexionsvorlagen bis zum heutigen Tage vom österreichischen Parlament nicht genehmigt worden sind.

Auf den Ausbruch des Weltkrieges selbst übergehend, verwies Präsident Seiz auf den stürmischen Protest, welchen die organisierte Arbeiterschaft gegen das Ultimatum an Serbien erhob. Als die österreichische Militärkaste alle Freiheiten, Versammlungs- und Pressefreiheit usw., unterdrückte und die Militärgerichte deutsche Arbeiter ebenso wie Angehörige der slawischen und der italienischen Nation mit Galgen und Kerker verfolgten, traten die publizistischen Organe der österreichischen Sozialdemokratie gegen diese Gewalttaten auf. Noch nie hat ein kriegsführendes Land eine so grausame brutale Behandlung seitens der Militärkaste erfahren wie wir in Österreich. Lange Zeit durfte keine ausländische Zeitung eingeführt werden, nicht einmal für den Besessal des Parlaments. Selbst den einflussreichsten österreichischen Journalisten war es unmöglich, auch nur eine einzige ausländische Zeitung zu Gesicht zu bekommen. Gerade Präsident Masaryk weiß wohl am besten, wie mutig die österreichischen Sozialdemokraten zugunsten aller Unterdrückten und Verfolgten, sowohl der Slawen wie der Italiener, wirkten. Insbesondere mit dem tschechischen Volke verbinden uns die schönsten Traditionen der Demokratie.

Ueber den Plan einer Föderation aller Nationen des alten Österreich-Ungarn äußerte sich Präsident Seiz wie folgt: Dieser Plan wird von der kapitalistischen Klasse gefördert, die ihre Interessen gefährdet sieht. Mir scheint aber, daß dieser Gedanke, wenigstens auf lange Zeit hinaus, nicht verwirklicht werden kann. Ein solcher Zusammenschluß der Nationalstaaten auf dem Boden des ehemaligen Österreich liegt ausschließlich im Interesse der kapitalistischen und schwerindustriellen Kreise,

die einen Anschluß an den czecho-slowakischen Staat für vorteilhafter halten, derselben Kreise, die während des Krieges die strammsten deutschen Nationalisten waren. Ein Zollbund erfordert viel mehr als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet innerhalb der gemeinsamen Zollgrenzen; er würde eine gemeinsame Behandlung der Besteuerung, ein gemeinsames Finanzsystem, gemeinsamen Eisenbahnverkehr und eine gemeinsame Sozialgesetzgebung notwendig machen, da sich sonst alle möglichen Konkurrenzverhältnisse entwickeln würden, die den Plan eines Zollbundes zunichte machen würden. All dies würde die Einrichtung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Verwaltungskörpers, einer Art Parlament, erfordern, die aber die Freiheit und Unabhängigkeit jedes Staates in seinen wichtigsten Lebensäußerungen beeinträchtigen würde. Es ist unwahrscheinlich, daß irgendeiner der auf österreichischem Boden entstandenen Staaten sich einem solchen Parlament unterwerfen würde. Schon die Sprachenfrage würde eine unübersteigbare Schranke bilden. Weder die Tschechen, noch die Ungarn, noch die Südslawen würden das Deutsche als gemeinsame Verhandlungssprache in einem solchen Parlament akzeptieren, andererseits wäre die Vielsprachigkeit für das Parlament nicht möglich, da die Abgeordneten bei den Verhandlungen einander nicht verstehen würden. Dies alles läßt den Gedanken der wirtschaftlichen Föderation als undurchführbar erscheinen. Allein kann aber Deutschösterreich nicht existieren. Abgesehen von der Unmöglichkeit, daß eine so große Stadt wie Wien mit einem relativ armen und kleinen Hinterlande ein genügendes Austauschgebiet findet, weisen unsere geographische Lage, die Verkehrsadern auf Süddeutschland hin, mit dem uns noch überdies die engste nationale Verwandtschaft verbindet. Ueber Süddeutschland ergibt sich dann die Verbindung mit dem gesamten Deutschland, auf welches Deutschösterreich schon wegen der Kohlenfrage und wegen seines dringenden Kapitalbedarfs zu seiner Wiederherstellung angewiesen ist.

Die deutschösterreichische Republik, die von der Entente leider noch immer nicht als unabhängiger Staat anerkannt ist, hat mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Schwierigkeiten materieller Art, wie Ernährung, Beschaffung von Kohle und so weiter, aber auch in finanzieller Beziehung. Es wird kaum anders möglich sein, diesen Staat wirtschaftlich aufzurichten als durch Aufnahme eines Anlehens auch bei der Entente.

Präsident Seiz verwies sodann auf die bemerkenswerte Ordnung sowie auf die vollkommen ruhige und unblutige Art und Weise, in der die Revolution in Deutschösterreich zum Siege gelangte. Er hob im Laufe der Unterredung hervor, daß die Angehörigen der Ententestaaten, die während des Krieges in Österreich verblieben, keinerlei schlechte Behandlung erfuhren, und wies auf die jahrhundertalte Freundschaft hin, die London mit Wien verband.

Präsident Seiz schloß die Unterredung mit folgenden Worten: Vielleicht der einzige Lichtpunkt in der ganzen Tragödie Österreichs ist die Erlösung des Landes von der Autokratie des Hauses Habsburg, das glücklicherweise niemals wieder eingesetzt werden kann.

Staatskanzler Dr. Renner legte seine Ansichten über die Stellung Deutschösterreichs in Europa, dessen Ansprüche auf die Achtung seitens der verbündeten Mächte sowie dessen dringendsten Bedürfnisse im gegenwärtigen Augenblick dar. Von größter Notwendigkeit für die junge Republik, erklärte der Staatskanzler, ist ihre förmliche internationale Anerkennung. Die Entente hat Deutschösterreich noch immer nicht anerkannt, obwohl dank dem Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten die große politische Umwälzung der deutschösterreichischen Revolution ohne Blutvergießen vor sich ging.

Die deutschösterreichische Republik ist ein vollkommen neuer Staat und in keiner Weise ein Ueberrest des alten Österreich als welcher sie so häufig hingestellt worden ist. Die aus dem alten Österreich hervorgegangenen Nationalstaaten erheben bedeutende Ansprüche auf den Nachlaß des alten Österreich, namentlich auf die Vorräte an Ausrüstungsgegenständen der demobilisierten Armee und auf die Fahrzeugmittel, machen jedoch in der Frage der Übernahme der Verbindlichkeiten des alten Österreich Schwierigkeiten. Die deutschösterreichische Republik ist in einer höchst schwierigen Lage, sie ist ringsum von Feinden umgeben und hat über ihre dringendsten und wichtigsten Interessen mit Auslandsgebieten zu verhandeln, während sie der primitivsten Notwendigkeit eines Staates, der internationalen Anerkennung noch entbehrt. Diese Schwäche der Stellung der Regierung zu Hause berührt erheblich und ernstlich die großen europäischen Interessen in der Republik, welche Deutschösterreich gerne in der gehörigen Weise regeln möchte. Dies ist ein Umstand von besonderer Bedeutung für Frankreich, das sehr große Kapitalien in österreichischen Staatspapieren, Eisenbahnen und Industrieunternehmungen investiert hat.

Der Staatskanzler wies sodann auf den vollkommen ruhigen Verlauf der Revolution in Wien hin und stellte fest, daß im

ganzen von Deutschen bewohnten Gebiet nicht ein einziger Schuß abgegeben wurde, sei es auf Seiten der Revolutionäre, sei es auf Seiten der Behörden. Dies war nur möglich infolge der Besonnenheit jener, welche den neuen Staat aufgerichtet haben. Dies verdient gewiß die Anerkennung der Westmächte. Die Ruhe und Ordnung in Wien bildet ein Gegenstück zu den stürmischen Vorgängen in Berlin, doch können Not, Verzweiflung und Ohnmacht des Staates stärker sein als die Weisheit seiner Leiter. Wenn es nicht möglich sein sollte, in Wien die Ordnung aufrechtzuerhalten, dann könnte die bolschewistische Strömung ihre Folgewirkungen auch auf das czecho-slowakische Gebiet, auf Polen und vielleicht auch auf Italien ausüben. Würde Wien aufhören, der Mittelpunkt der Ruhe und Ordnung im Herzen Europas zu sein, dann würde Verwirrung und Unruhe die Oberhand gewinnen und die schwerwiegenden Folgen für ganz Europa nach sich ziehen. Wir können nur dann hoffen, die Ruhe aufrecht zu erhalten, wenn raschest von der Entente Lieferungen einlangen. Außer den notwendigsten Nahrungsmitteln, die wir dringendst brauchen, benötigen wir auch Geld, um sie zu bezahlen, neben der inneren Anleihe für unseren inneren Wiederaufbau.